

Zwischen Lissabon und Beijing gibt es keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten über eine Rückkehr der Kolonie an China. Gespannt bleibt nur die Frage, ob dies vor oder nach der Rückkehr Hongkongs an China 1997 geschehen wird. Allgemein wird vermutet, daß die Verhandlungen noch Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres abgeschlossen werden könnten (TKB, 11.9.86).

In Macau hat Beijing bereits großen politischen und wirtschaftlichen Einfluß. Am 29. September wurde bekannt, daß die Bank of China eine Übernahme der Nam Tung Bank Anfang 1987 vorhatte. Es ist die größte der 23 Banken in Macau. Sie wurde 1950 gegründet, hat 700 Beschäftigte und ihr Gesamtvermögen betrug Ende des vorigen Jahres 9,2 Mrd. HK\$ (1,17 Mrd. US\$). (IHT, 30.9.86) -ni-

*
*
*
*
*
*
*
*

RÜDIGER MACHETZKI

Globale Implikationen der Modernisierung Chinas

*
*

I. Modernisierung - "Wohlstand und Macht"

"To turn China with its backward economic and cultural base into a modern and powerful socialist country in this new historical period is one of the most gigantic undertakings in human history ... No force on earth can deter us. Our triumph is certain." (Hu Yaobang, General Secretary of the CC of the CPC, September 1984)

Die Modernisierung eines Landes, seiner Volkswirtschaft und seiner Gesellschaft ist zwangsläufig ein langfristiger geschichtlicher Prozeß. In China lassen sich die Ursprünge dieses Prozesses über ein Jahrhundert zurückverfolgen. Er wurde im wesentlichen durch das wachsende Bewußtsein der traditionellen Elite Chinas ausgelöst, daß der materielle, militärische und machtpolitische Abstand zwischen den in Ostasien neu aufgetretenen westlichen Staaten und dem "Reich der Mitte" zu Lasten Chinas wuchs. Politisch-psychologisch war es mit dem imperialen Weltverständnis der konfuzianischen Staatsadministration unvereinbar, das Land zu einem Interessenobjekt "herabgewürdigt" zu sehen.

Allgemeiner gesagt, die jüngste Geschichte Chinas spiegelt die mühsame Suche nach Antworten auf die grundlegenden Herausforderungen wider, denen Staat und Gesellschaft im "Jahrhundert des westlichen Zwischenspiels" existentiell ausgesetzt waren. Für China muß die Erfahrung einer weitgehenden politisch-kulturellen Destabilisierung umso tiefgreifender gewesen sein, als die Träger der alten imperialen Ordnung das chinesische Reich als weitgehend deckungsgleich mit der Ordnung der zivilisierten Welt schlechthin ansahen.

Vor diesem historischen Hintergrund kann die gegenwärtige Phase der Modernisierung - gemeinhin als Reformphase umschrieben - ebenso wie frühere Versuche als eine umfassende Bemühung bewertet werden, den innernationalen und internationalen Status quo aufzuheben

und den "Wiederaufstieg" Chinas zu einer Globalposition einzuleiten, zu der das Land im Selbstverständnis seiner Elite "berechtigt" ist. Unter solchen Vorzeichen läßt sich "Chinas Modernisierung" durch zwei markante Tatbestände kennzeichnen.

Erstens, obgleich der gebräuchliche Ausdruck "Vier Modernisierungen" (Industrie, Landwirtschaft, Wissenschaft und Technik, nationale Verteidigung) einen umfassenden und vielschichtigen Prozeß impliziert, müssen sich die tatsächlichen entwicklungspolitischen Bemühungen zur Modernisierung des Landes nicht notwendigerweise auf alle Bereiche der Gesellschaft und Wirtschaft als Ganzes gleichermaßen ausdehnen. Während der langen Suche nach "Wohlstand und Macht" (fuqiang) hat die Elite des Landes wiederholt ihre Entschlossenheit bewiesen, den Einsatz materieller und organisatorischer Mittel auf solche Bereiche zu konzentrieren, die aus ihrer Sicht für die Verwirklichung nationaler Ansprüche wesentlich erscheinen. Vereinfacht gesagt, um "China zu einem modernen und machtvollen sozialistischen Staat in dieser neuen historischen Periode zu machen", können Wohlstandsvorstellungen der Bevölkerung zu einem nicht unbeachtlichen Teil dem Ausbau der Staatsmacht geopfert werden. Die üblichen westlichen Wirtschaftsindikatoren (insbesondere Pro-Kopf-Angaben zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit) dürften daher im Falle Chinas nur bedingt aussagekräftig sein, wenn es um die Beurteilung internationaler Einflußnahmemöglichkeiten des Landes geht.

Zweitens, da der umbruchhafte Wandel der politischen Kultur und die nachhaltige Umgestaltung des Landes geschichtlich durch äußere feindliche Kräfte erzwungen wurden, scheint die Haltung der chinesischen Elite gegenüber den Auswirkungen des Modernisierungsprozesses bis heute ambivalent zu sein. Beispielhaft für diesen Sachverhalt ist die 100jährige Dauerkontroverse "Modernisierung oder Verwestlichung" (xiandaihua - xihua) bzw. "Östliche Substanz - Westliche Technik" (dong ti xi yong). Während der letzten fünf Jahre ist dieser geschichtlichen Diskussion eine neue Dimension hinzugefügt worden: Bis zu welchem Ausmaß stellen die gegenwärtig sichtbaren Merkmale der chinesischen Modernisierung einen "Sozialismus chinesischer Art" dar, und inwieweit sind sie eine Verzerrung zum "westlichen Kapitalismus" hin?

Abgesehen von dieser historisch-psychologischen Konfliktdimension

lassen sich weitere Aspekte erkennen, die den spezifischen Verlauf der "Neueinordnung" Chinas in die Welt beeinflusst haben und weiterhin beeinflussen werden. Vereinfachend kann man behaupten, daß der Modernisierungskurs des Landes innerhalb der Grenzen erfolgen wird, die sich aus den widersprüchlichen Anforderungen der Tradition und des ideologisch-politischen Systems ergeben.

II. Bürokratischer Entscheidungsprozeß

"The Politburo does not hold regular meetings. It only holds meetings when there are some major issues to be discussed. This is because most of the members are aged. ... If the Secretariat think there is need to hold a Politburo meeting, they can propose that one be held." (Zhao Ziyang, when visiting the USA in January 1984)

Um der Einfachheit willen ist es üblich geworden, zur Kennzeichnung von Geschehnissen und Entwicklungen in der Volksrepublik China Begriffe wie "China", "Chinesen" oder "chinesisch" zu verwenden. Dennoch muß darauf hingewiesen werden, daß solche Vereinfachungen bisweilen zu Mißverständnissen führen, weil sie exakte Definitionen überlagern und zu inhaltlicher Unschärfe führen. Chinas Gesamtbevölkerung beläuft sich z.Zt., wenn man den demographischen Angaben Glauben schenkt, auf knapp 1,1 Milliarden. Für den politischen Entscheidungsprozeß des Landes ist jedoch nur ein kleiner Ausschnitt der Gesamtbevölkerung von Bedeutung. Chinas politische Kultur war niemals ein Modell für "Partizipationskultur", d.h. die Verwirklichung gemeinsamer politisch-gesellschaftlicher Interessen durch Selbstorganisation der Bevölkerung. Die wenigen geschichtlichen Phasen, in denen die chinesische Gesellschaft auf der Suche nach utopischer Egalität schien - die Kulturrevolution war bisher die letzte -, endeten ausnahmslos in Gewalt, Aufruhr und Chaos. Sicherheit hat daher im Bewußtsein der bäuerlichen Massenbevölkerung immer einen höheren Stellenwert gehabt als alle anderen politischen Werte.

Sicherheit und Stabilität konnten jedoch nur durch ein zutiefst hierarchisches und elitebezogenes politisches System aufrechterhalten werden. Die "ideologisch-bürokratische Herrschaftsform" stellte einen dauerhaften Gegenpol zu der grundlegenden Familien- und Clamentalität der chinesischen Gesellschaft dar, die nur eine schwache Ausprägung des Loyalitätsbewußtseins oberhalb dieser Ebene zuließ. Die chinesische Gesellschaft, insbesondere die bäuerliche Bevölke-

rung, hat niemals die Legitimität der Herrschaft einer kleinen Elite ernsthaft angezweifelt, und die bisherige Geschichte der Volksrepublik China bietet keinen wirklichen Anlaß, die andauernde Gültigkeit dieses Sachverhaltes in Zweifel zu ziehen. Historische Krisen entstanden immer dann, wenn die konfuzianische Staatsbürokratie ihre von der politischen Philosophie und der praktisch-politischen Ordnung vorgeschriebenen Aufgaben über längere Zeit hinweg nicht erfüllte. Es ist kein historischer Fall bekannt, in dem die ideologisch-bürokratische Herrschaft durch Kräfte destabilisiert wurde, die sich auf rivalisierende Herrschaftsansprüche stützen, vorausgesetzt der Staat hatte sich zuvor nicht selbst in eine verhängnisvolle Handlungsunfähigkeit hineingeführt. Auch in dieser Hinsicht scheint sich die politische Wirklichkeit der Volksrepublik China nicht wesentlich von der der konfuzianischen Vorläuferherrschaft zu unterscheiden. Solange die politische Elite in der Lage ist, die Grundbedarfsansprüche der großen bäuerlichen Bevölkerung und der städtischen Arbeiterschaft zu erfüllen, dürften kaum "störende Partizipationsforderungen" aufkommen und den eliteeigenen Entscheidungsprozeß "beeinträchtigen".

Das heißt, die grundlegenden Entscheidungen innen- und außenpolitischer Art werden auch in Zukunft aller Wahrscheinlichkeit nach ausschließlich durch die "politische Gesellschaft" des Landes gestaltet und gefällt.

Diese "politische Gesellschaft" besteht aus fünf Schichten bzw. konzentrischen Kreisen. Insgesamt umfaßt sie rd. 21 Millionen sog. Kader (2% der Bevölkerung) - chinesisch ganbu: "handelnde Elemente" (1). Die Basis dieser ganbu-Gesellschaft kann am treffendsten als "Transmissionsschicht" beschrieben werden. Ihre Aufgabe ist es, politische Entscheidungen und Maßnahmen (zhengce cuoshi) in konkretes Handeln umzusetzen. Dementsprechend müssen die Grundvorstellungen und -interessen dieser Schicht im politischen Gestaltungsprozeß mitberücksichtigt werden. Die zweite Schicht der politischen Gesellschaft Chinas setzt sich aus rd. neun Millionen "Parteikadern" zusammen, die in rd. 2 1/2 Mio. Parteioorganisationen hauptsächlich tätig sind (2). Sie stellen das Personalreservoir dar, aus dem sich Chinas "politische Elite" im engeren Sinne rekrutiert. Im Vergleich zur Größe der gesamten politischen Gesellschaft des Landes erscheint die eigentliche politische Elite verhältnismäßig klein. Ihr gehören nur rd. 80.000 Mitglieder an, die gemeinhin als "Führungs-

kader" von Partei, Armee, Zentralstaat und Provinzen auftreten. (3)

"It is at this level of leadership that all important decisions are made - from the decisions taken on fundamental policy in the Politburo down to decisions taken at the lower levels. ... They are in a position to sabotage even the most unequivocal majority decisions of the Party's central body in such a way that they do not produce the effect intended by the CC." (4)

Die vierte Schicht ist die der nationalen "Spitzenelite", die mehr oder weniger kontinuierlich am nationalen politischen Entscheidungsprozeß teilnimmt. Erfahrene China-Beobachter schätzen die Mitgliederzahl dieser Spitzenelite auf höchstens 500 bis 700 (5). Es gibt eine Reihe von Staats- und Parteiorganisationen, in deren Rahmen die Mitglieder der Topelite an der nationalen Willensbildung und Entscheidungsfindung beteiligt sind, aber das repräsentativste Organ dieser Schicht scheinen die sog. "erweiterten Politbürotreffen" der Kommunistischen Partei Chinas zu sein. Im Normalfall ist ein erweitertes Politbürotreffen eine Konferenz, an der rd. 80 bis 100 Spitzenführer der Parteizentrale (Mehrheit der Politbüromitglieder, Sekretariat und Abteilungen des Zentralkomitees), der Armee (zentrale Organe und Militärregionen), des Staats (wichtige Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Staatsrats) und der Provinzen (einflußreiche 1. Sekretäre der größeren Provinzen) je nach Entscheidungsbereich abwechselnd teilnehmen. Dieses Mittelpunktorgan ist mit anderen wichtigen Organisationen netzartig verbunden, da die meisten Teilnehmer zugleich unterschiedliche Führungspositionen in diesen anderen Organisationen innehaben.

Unter rein formalen Gesichtspunkten bildet, wie aus jedem Grundlehrbuch zu entnehmen ist, das Politbüro oder genauer der Ständige Ausschuß des Politbüros das höchste Führungsorgan der Partei und damit des gesamten Landes. Aber, wie häufig unterscheidet sich die Praxis von der Theorie. Zum einen ist aufgrund der zumindest bis Mitte der siebziger Jahre andauernden "nachrevolutionären Verwerfungen" der Prozeß der Herrschaftsinstitutionalisierung deutlich verzögert worden. Zum anderen kann man angesichts der politischen Tradition Chinas und ihrer besonderen Loyalitätsmuster durchaus vermuten, daß Entscheidungsfindungen eher in informeller Weise erfolgen. Zumind. bisher ist das Politbüro nur verhältnismäßig selten und in unregelmäßigen Abständen zusammengetreten. Der Sache nach scheint das höchste Organ z.Zt. ein

informelles zu sein, das als eine Art "Beratungskreis" von sechs bis acht "Altführern" der Partei und Armee (nicht zu verwechseln mit der Zentralen Beraterkommission) beschrieben werden kann (6). Unter der informellen Aufsicht dieser Gruppe (insbesondere Deng Xiaopings) bilden der Generalsekretär der Partei, Hu Yaobang, Ministerpräsident Zhao Ziyang und andere Führer, wie z.B. Vizepremier Wang Li, die "Führung der ersten Linie".

Diese nach informellen Aspekten vorgenommene Skizzierung der politischen Gesellschaft und Elite Chinas weicht von den üblichen Klassifizierungsmethoden ab. Letztere gehen zumeist von dem formalen Kriterium der Parteimitgliedschaft aus und lehnen sich an die formalen Linien bis zu den höchsten formalen Entscheidungsorganen der Partei an. Die Partei umfaßt rd. 41 Millionen Mitglieder (1985) (7). Es muß jedoch wiederholt werden, daß bloße Parteimitgliedschaft oder Mitgliedschaft in der Kommunistischen Jugendliga (48,5 Millionen) (8) allenfalls die Voraussetzung für den möglichen Zugang zur politischen Gesellschaft bildet, nicht jedoch die Zugehörigkeit zur letzteren ausweist. Das heißt, Parteimitgliedschaft ist eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung. Darauf deutet auch die verhältnismäßig geringe "intellektuelle Kapazität" der Partei als Ganzes hin. Z.Zt. leben gut sechs Millionen "Intellektuelle" (definiert als Personen, die eine Tertiärausbildung erhalten haben) in China. Das entspricht einem Anteil von 0,6% an der Gesamtbevölkerung. Nur 56.000 Intellektuelle (0,9% aller Intellektuellen) sind in der Partei hauptamtlich tätig (9). Im Gegensatz dazu ist rd. ein Viertel aller Intellektuellen in der Industriegesellschaft beschäftigt, rd. 32% im Bereich Wissenschaft und Erziehung und rd. 10% in den Staatsorganen. Es steht zu bezweifeln, daß eine Organisation, der weniger als 1% des intellektuellen Sachverständes des Landes zur Verfügung steht, die gesellschaftlich-politische Einheit bildet, auf der der nationale Entscheidungsprozeß fußt.

Ein weiteres Argument im Rahmen formaler Klassifizierungen geht davon aus, daß Staat und Armee der Entscheidungsmacht der Partei untergeordnet sind. Dieses Argument ist nicht ohne eine gewisse Berechtigung, dennoch ist es nur teilweise für die tatsächlichen Mechanismen der politischen Auseinandersetzung und Konsensbildung innerhalb der Elite Chinas gültig. Einzelne Sachkenner des chinesischen politischen Systems haben sich daher um einen Erklärungsansatz bemüht, der Chinas politische Gesellschaft, insbesondere die politische

Elite, als ein komplexes bürokratisches System ansieht, das mit formalen Begriffen wie Partei, Staat und Armee nur unzulänglich beschrieben werden kann. Dazu heißt es:

"(This) system naturally breeds a mentality that essentially identifies what is good for China with what is good for one's own unit... (It leads to) four basic building blocks of the system: economics, culture-propaganda, security and personnel. The economic bureaucracies are in charge of economic management and growth. The cultural bureaucracies, by contrast, have responsibility for maintaining a devotion to socialism, patriotism, and a political esprit. ... The security bureaucracies cover everything from crime and fist-fighting to political dissidence, counter-espionage, and national defense. ... The personnel bureaucracies control careers through the maintenance of personnel dossiers and control over employment and promotion." (10)

Im Rahmen eines solchen informellen Erklärungsmusters erscheinen die Auseinandersetzungen über Richtung, Ausmaß und Geschwindigkeit des gegenwärtigen Reformkurses nicht in erster Linie als Kontroversen zwischen politisch-ideologischen Puristen und Pragmatikern/Realisten, sondern vornehmlich als Ausdruck interessenpolitischer Konstellation. Es geht darum, Macht- und Einflußverschiebungen zwischen den bürokratischen Teilsystemen ("building blocks") zu verhindern bzw. durchzusetzen. Während der letzten fünf Jahre hat das wirtschaftsbürokratische Teilsystem wesentlich an Macht und Prestige gewonnen. Es hat sich eindeutig aus der nachgeordneten Position gelöst, in die es seit Mitte der sechziger Jahre hineingezwungen worden war. Umgekehrt haben die

Kultur/Propaganda-Bürokratie und die Personalbürokratie viel von ihrer früheren Dominanz eingebüßt. Für die "Sicherheitsbürokratie" sieht das Bild gemischt aus. Hierin liegt wohl auch der eigentliche Grund, daß sowohl in China als auch im Ausland viel über die vermeintliche oder tatsächliche "Anti-Reform-Haltung" der Armee spekuliert wird. Man darf die Prognose wagen, daß sich die Wirtschaftsbürokratie allein auf Dauer nicht gegen die drei restlichen Bürokratien durchsetzen kann. Das Schicksal des Reformkurses wird daher wesentlich von der Frage abhängen, ob und inwieweit die Auswirkungen der wirtschaftlichen Reformpolitik mit den Forderungen der Sicherheitsbürokratie nach Stabilisierung und Stärkung ihrer eigenen innerbürokratischen Machtposition vereinbar sind.

Falls die vorangehende Beschreibung der chinesischen Elitebildung, des politischen Entscheidungsprozesses und der Herrschaftsstrukturen der Wirklichkeit des Landes nahekommend, ergeben sich mehrere bedeutsame Folgerungen für die zukünftige weltpolitische Position und Rolle Chinas.

Erstens, die Grundlagen der Außenpolitik werden von einer sehr kleinen ideologisch-bürokratischen Elite gestaltet. Der Entscheidungsprozeß ist keiner nennenswerten Beschränkung durch eine "öffentliche Meinung" unterworfen. Das heißt, daß ein verhältnismäßig großer Teil der materiellen Mittel dem allgemeinen Verbrauch entzogen und für die Durchsetzung internationaler Ziele eingesetzt werden kann.

Zweitens, die z.Zt. weitverbreitete Diskussion, ob China sozialistisch bleiben wird oder nicht, geht an den wesentlichen Tatsachen vorbei. Zum einen ist "Sozialismus" kein sehr sinnvoller analytischer Terminus. Eher handelt es sich um eine Selbstbeschreibung politischer Art. Wenn ein Land sich selbst sozialistisch nennt, dann mag es dies tun. "Sozialismus chinesischer Art" definiert sich (mehr oder weniger offiziell) durch zwei Elemente: Staatskontrolle über die wirtschaftlichen Schlüsselunternehmen ("Volkseigentum") und zukünftiger Wohlstand für alle Chinesen ("Einbebnung der Einkommensunterschiede"). Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß dies keine besonders präzise Definition ist. Was die sog. "Vier Grundprinzipien" (Aufrechterhaltung sozialistischen Weges, Aufrechterhaltung des Marxismus-Leninismus und der Mao-Zedong-Ideen, Aufrechterhaltung der demokratischen Diktatur des Volkes, Aufrechterhaltung der Führung durch die Partei) betrifft, so haben verschiedene Führer, unter ihnen auch Deng Xiaoping, die "Führung durch die Partei", das heißt durch eine kleine bürokratische Elite, zum "Grund-Grundprinzip" erklärt. Die restlichen drei Prinzipien können, falls notwendig, jederzeit neu definiert und der jeweils vorherrschenden Situation angepaßt werden. Daraus läßt sich keineswegs folgern, daß ideologische Auseinandersetzungen zwangsläufig irrelevant sind. Vielmehr spielen sie eine nicht unwesentliche Rolle als Instrument der innerbürokratischen Auseinandersetzung. Aber diese Auseinandersetzungen selbst sind nur selten ideologisch bedingt. Zumeist resultieren sie aus der Interessenrivalität der verschiedenen Bürokratien.

Wenn, wie oben angedeutet, die Wirtschaftsbürokratie tatsächlich gezwungen sein sollte, mit der Si-

cherheitsbürokratie des Landes zu einem "Interessenarrangement" zu gelangen, dann werden insbesondere der militärischen Modernisierung des Landes auf Dauer wesentlich mehr Mittel zugestanden werden, als es gegenwärtig der Fall ist. Umgekehrt scheint es möglich, daß die Verflechtung militärischer und wirtschaftlicher Interessen umso weiter fortschreitet, je erfolgreicher der wirtschaftliche Reformprozeß sich erweist. Eine solche Entwicklung wäre mit Sicherheit von nicht geringer Bedeutung für die zukünftige weltpolitische Rolle Chinas.

III. Grenzen der militärischen Macht

"In terms of war and peace the emphasis of our work should be placed on preparing for the outbreak of war. Consequently we must strive for modernization in the military sphere; in the economic sphere we must spare no effort to race against time and establish a powerful industrial base." (Huan Xiang, Director of Research Centre for International Affairs of State Council and advisor to the PRC's Foreign Ministry, in June 1984)

Während der letzten Jahre haben sich verschiedene chinesische Spitzenführer wiederholt zu Möglichkeiten und Grenzen der militärischen Modernisierung Chinas geäußert. Faßt man die Aussagen dieser Führer - u.a. Deng Xiaoping, Yu Qiuli (Direktor der Allgemeinen Politischen Abteilung der VBA und Mitglied der Militärkommission des ZK), Yang Dezhi (Chef des Generalstabs der VBA, Mitglied der Militärkommission des ZK), Yang Shankun (stellvertretender Vorsitzender der Militärkommission des ZK) und Zhao Ziyang - verkürzend zusammen, so ergeben sich folgende Grundlinien für die militärische Modernisierung in absehbarer Zukunft. Erstens soll die Modernisierung von Waffen und Waffensystemen während der achtziger Jahre nur in einem engen finanziellen Rahmen verfolgt werden. Während der vergangenen Jahre fiel der militärische Haushalt, genauer der Teil der militärischen Ausgaben, der statistisch veröffentlicht wird, verhältnismäßig bescheiden aus. Bis 1983/84 lag er bei rd. 15% des Staatshaushaltes. Erst 1985 ließ sich erstmals ein Anstieg verzeichnen. Selbst wenn man davon ausgeht, daß die tatsächliche Höhe der Ausgaben aufgrund der verdeckten Ausgaben doppelt so hoch ist wie die statistisch ausgewiesene Größe, käme man allenfalls auf 10% des Sozialprodukts (11). Das erscheint für den Ausbau einer modernen Großmachtarmee unzureichend. Chinas politische Führung muß sich mit der Tatsache abfinden, daß das Land zumindest für die nächsten

zwanzig bis dreißig Jahre nicht in der Lage sein wird, mit den beiden Weltmächten USA und Sowjetunion auch nur annähernd gleichzuziehen.

Das Schlagwort für die Verbesserung der militärischen Leistungsfähigkeit während der nächsten Jahre ist "Qualität" statt Quantität. Folgende Maßnahmen sind vorgesehen: (12)

1. Reduzierung des Personals, insbesondere eine Straffung des Offizierskorps sowie verbesserte Ausbildung; Chinas Streitkräfte umfassen 3,3 Millionen Soldaten bzw. 4,3 Millionen, falls Territorialeinheiten mitgerechnet werden.

2. Verbesserung der militärischen Organisation, insbesondere der Logistik; gegenwärtig ist die Organisation der Streitkräfte zu schwerfällig, um eine ausreichende Mobilität von Großverbänden zu gewährleisten.

3. Verbesserung der operationellen Fähigkeit von Großverbänden; insbesondere soll die Fähigkeit, "dreidimensionale Manöver" (Luft, Land, See) durchzuführen, verbessert werden.

4. Ausbau der Forschung und Entwicklung militärisch orientierter Technologie; insbesondere geht es um Lasertechnik, elektronische Kommunikationstechnologie und vor allem Weltraum- und Raketentechnik.

5. Ausbau der Langstrecken- und Mittelstreckenraketenysteme und der Nuklearmacht der Streitkräfte; die 1984 als unabhängige Truppe etablierte Raketentruppe ist beispielgebend für diesen Ausbau.

6. Allmähliche Ablösung der bestehenden (veralteten) Waffensysteme durch moderne Ausrüstung.

Bei der Einführung neuer Waffensysteme scheint der Marine ein deutlicher Vorrang eingeräumt worden zu sein. Größere Modernisierungsprogramme für die Luftwaffe sind nicht bekanntgeworden. Sie wird sich zumindest mittelfristig weiterhin auf MiG-17- und MiG-19-Flugzeuge stützen müssen. Bei den Bodestreitkräften existieren Pläne für den Bau und die allmähliche Einführung eines neuen schweren Panzers mit elektronischen Systemen. Darüber hinaus soll allmählich eine Umstellung von reinen Infanterieeinheiten auf mechanisierte Einheiten erfolgen, um die Mobilität der Verbände zu erhöhen.

Im Gegensatz zu den bescheidenen Plänen für die Luftwaffe und das Heer sind die Modernisierungsprogramme für die Marine wesentlich

umfassender. Offizielle Aufgabe der Marine ist es, Chinas langgezogene Küstenlinie zu schützen und die Kontrolle über die Küstengewässer und mehr als 6.000 Inseln, einschließlich der Gebiete im Südchinesischen Meer (die von China beansprucht werden), zu gewährleisten. Das heißt, daß die gesamte Kontrollzone der Marine eine Größe von rd. 3,5 Mio. qkm hat. Wiederholt haben chinesische Quellen auf den großen wirtschaftlichen Wert (insbesondere Energieressourcen) dieser als Patrimonialsee beanspruchten Zone verwiesen. Aus diesem Grunde "muß die Marine in der Lage sein, sowohl defensive als auch offensive Operationen auszuführen". Genauer gesagt, die Fähigkeit zu kombinierten Operationen von U-Booten, Oberflächenschiffen, Marinesoldaten und Luftfahrzeugen der Marineflieger soll verbessert werden. Gegenwärtig hat der Bau von 8.000-t-Unterwasserbooten mit Unterwasserraketen (Reichweite 3.000 km) einen gewissen Vorrang empfangen. Sechs neue Einheiten sollen während der nächsten Jahre erstellt werden. Weiterhin ist der Bau neuer raketenagender Oberflächenschiffe (Zerstörer) vorgesehen. Schließlich hat es Spekulationen darüber gegeben, daß fünf Flugzeugträger gebaut werden sollen, um die Fähigkeit zu Distanzoperationen der chinesischen Marine zu erhöhen, aber bisher sind diese Spekulationen offiziell nicht bestätigt worden.

Zusammenfassend läßt sich zur militärischen Modernisierung Chinas sagen, daß zumindest bis zum Ende dieses Jahrhunderts nicht damit zu rechnen ist, daß das Land in militärischen Kategorien zu einer Großmacht wird. Eine gewisse Wahrscheinlichkeit existiert, daß die Streitkräfte, insbesondere die Marine, im Verlauf der nächsten 10 bis 15 Jahre ihre Fähigkeit zu Großoperationen im regionalen Umfang verbessern werden. Das Ausmaß der Verbesserungen wird wesentlich vom gesamtwirtschaftlichen Wachstum abhängen. Sollte China sein offiziell verkündetes Ziel erreichen, bis zum Ende dieses Jahrhunderts sein Sozialprodukt auf eine Höhe zu steigern, die faktisch einer Billion Dollar entspräche, dann wäre es in der Lage, Mittel, die einen Wert von mindestens 100 Mrd. \$ gleichkommen, für militärische Zwecke bereitzustellen. Diese Summe erscheint umso beachtlicher, wenn man sich daran erinnert, daß die Personalkosten der chinesischen Streitkräfte weniger als ein Viertel aller militärischen Kosten ausmachen.

Daß die Marine insgesamt und die südliche Flotte insbesondere einen Ausbau- und Modernisierungsvorrang erhalten haben, deutet darauf

hin, daß die chinesische Führung in der südostasiatischen Region (Südchinesisches Meer) am ehesten die Möglichkeit zu militärischen Aktionen voraussieht.

IV. Außenpolitische Führung

"I keep in close touch with comrade Hu Yaobang. So, our machine works smoothly. We are in the 'first line'. Whenever there is a major issue, we go to Chen Yun, Li Xiannian, and Deng Xiaoping for advice. Marshall Ye is old and not in good health." (Zhao Ziyang, when visiting the USA in January 1984)

Chinas "Führer der ersten Linie", Hu Yaobang und Zhao Ziyang, haben 1984 eine Reihe von bemerkenswerten Aussagen zur Formulierung und Durchführung der chinesischen Außenpolitik sowie zu Problemlösungsverfahren auf diesem Gebiet gemacht. Besonders interessant erscheint die Tatsache, daß ein verhältnismäßig informelles Entscheidungsvorbereitungsorgan eingerichtet worden ist, das als "Kleine Gruppe für Äußere Angelegenheiten" der Partei (waishi xiaozu) bezeichnet wird. Den Vorsitz dieser Gruppe führen Hu und Zhao gemeinsam.

"All organizations concerned with foreign affairs participate in the group, including scholars from the Chinese Academy of Social Sciences. The principal function of the Foreign Affairs Small Group is to exchange views, to study problems and to communicate with each other. It does not decide what concrete measures are to be taken." (13)

Konkrete außenpolitische Durchführungentscheidungen werden gemeinsam von der "Führung der ersten Linie", insbesondere Hu Yaobang und Zhao Ziyang, beschlossen. Im Gegensatz dazu werden sog. "grundlegende Fragen" bei Konferenzen des Sekretariats des ZK der Partei diskutiert. An diesen Konferenzen sind Hu und Zhao ebenfalls "beteiligt". Offensichtlich hat das Sekretariat wesentliche Funktionen des Politbüros übernommen, da letzteres nicht regelmäßig einberufen wird. Falls weitreichende Grundsatzentscheidungen außenpolitischer Art getroffen werden müssen, die über die Möglichkeiten des Sekretariats hinausgehen, wird das oben erwähnte höchste informelle Entscheidungsgremium, der "Beratungskreis", eingeschaltet. Es deutet manches darauf hin, daß solche "Grundsatzentscheidungen", die über die Möglichkeiten des Sekretariats hinausgehen, aufgrund von Problemen entstehen, die durch die Armee hervorgerufen wurden.

"Deng Xiaoping, Chen Yun, Ye Jianying, Li Xiannian, and other com-

rades are on the 'second line'. There are only a few issues that are determined by them. But, as all people know, major issues are determined with the participation of Comrade Deng Xiaoping. ... This is not because of his position. He is not General Secretary of the Party and is not Premier and is not Head of State. It is only because we respect him for his rich political experience, wisdom, and prestige." (14)

Die eigentliche außenpolitische "Routinearbeit", insbesondere die Koordination der verschiedenen außenpolitischen Maßnahmen, erfolgt durch den Staatsrat, der wöchentlich zweimal zusammentritt.

"The participants in these meetings are State Counsellors, for example the Foreign Minister, the Minister of Defense, the Minister of Foreign Economic Relations and Trade, the Minister of Finance, and the Chairman of the State Planning Commission. ... Those who are in charge of foreign affairs include Ji Pengfei, Wu Xueqian, both State Counsellors, and also the Minister of Foreign Economic Relations and Trade, Chen Muhua. These three persons meet frequently. ... When there are problems that they cannot solve, they raise them with the State Council." (15)

Die Ministerien unter dem Staatsrat, die für die verschiedenen Felder der Außenpolitik verantwortlich sind, stellen reine nachgeordnete "Ausführungsorgane" dar. Neben den von Hu Yaobang und Zhao Ziyang erwähnten Organisationen dürfte auch die Militärkommission des ZK einen nicht unwesentlichen Einfluß auf außenpolitische Entscheidungen haben. Insbesondere ist dabei an das "Führungsquartett" zu denken, das die Streitkräfte beaufsichtigt und sich aus Deng Xiaoping (Vorsitzender), Yang Shankun ("Vordenker der Armee"), Zhang Aiping (Verteidigungsminister) und Yang Dezhi (Chef des Generalstabs seit 1980) zusammensetzt. Die Annahme scheint berechtigt, daß diese vier Führer mit den Ansichten der militärischen Führung zu außenpolitischen Entwicklungen vertraut sind und dafür sorgen, daß diese Ansichten angemessene Aufmerksamkeit in den verschiedenen außenpolitischen "Spezialorganen" erfahren.

Diese Art von Willensbildung und Entscheidungsfindungsgerüst scheint der Art angemessen, in der China seine Außenbeziehungen gestaltet. Es darf nicht übersehen werden, daß das, was der Einfachheit halber als "Außenbeziehungen" bezeichnet wird, ein Mixtum aus verschiedenen voneinander abhängigen, des öfteren konfliktierenden Teilbereichen ist, so z.B.

Außenwirtschaftspolitik, nationale Sicherheitspolitik, weltweite Anti-Supermächts-Politik, regionale Interessenpolitik, Dritt-Welt-Politik, revolutionäre Unterstützungsmaßnahmen usw. Wenn, wie oben ausgeführt, der nationale Entscheidungsprozeß durch andauernde interessenpolitische Auseinandersetzungen zwischen den vier großen Teilbürokratien mitbestimmt wird, dann muß man davon ausgehen, daß die gleiche Art von "Ressortorientierung" auf dem Gebiet der Außenbeziehungen zu finden ist. Anders gesagt, die Organisation der verschiedenen Teilbereiche der Außenpolitik führt zu Subsystemen innerhalb des Gesamtbereichs Außenbeziehungen. Diese Subsysteme verfolgen ihre Interessen verhältnismäßig unabhängig, bisweilen sogar im Widerspruch zueinander. Es muß also (die von Hu und Zhao erwähnten) Schiedsorgane geben, um die voneinander abweichenden Interessen so weit wie möglich in Einklang zu bringen. Die sog. "grundlegenden Probleme", mit denen sich diese Schiedsorgane beschäftigen, dürften die inneren Auseinandersetzungen widerspiegeln, insbesondere dürfte es um den Einklang der Interessen der Wirtschaftsbürokratie und der Sicherheitsbürokratie gehen. Z.Zt. scheinen wirtschaftliche Aspekte in Chinas Außenpolitik einen (nicht unumstrittenen) Vorrang zu genießen.

V. Wirtschaftswachstum und China-markt

"We must design our modernization programme on the basis of a population of one billion. This emphasizes the uniqueness of China's modernization." (Fei Xiaotong, doyen of Chinese sociology, during overseas tour in early 1981)

"The establishment of stable, long-term cooperative economic relations indeed has advantages for both sides: China can acquire more quickly the technology, equipment and funds that it needs to carry out the four modernizations, while Japan can gain the new sources of energy and other natural resources that it needs for economic growth, as well as new markets for its capital, technology and products." (Hu Yaobang, when visiting Japan in November 1983)

Gemeinhin geht man davon aus, daß ein planwirtschaftliches System über langfristig ausgearbeitete Konzepte zur Entwicklung seiner Wirtschaft verfügt. Ein solches langfristiges Perspektivprogramm zur Entwicklung Chinas existiert jedoch nicht. Allenfalls kann man von grundlegenden Wachstumszielen sprechen, die im Rahmen einer Wirtschaftspolitik erreicht werden sollen, die Schritt für Schritt zu

formulieren und durchzuführen ist. Ein solches Ziel ist die häufig wiederholte "Vervierfachung des Bruttoproduktionswertes der Industrie und Landwirtschaft" bis zum Jahr 2000 (Ausgangsjahr 1980). Dieses Ziel erscheint ehrgeizig, ist jedoch nicht völlig unrealistisch. Es entspricht, wie bereits erwähnt, einem Sozialprodukt von rd. einer Billion US-Dollar. Pro Kopf der Bevölkerung ergeben sich 800 bis 900 US\$. Um diese Größenordnungen zu realisieren, ist ein durchschnittliches gesamtwirtschaftliches Wachstum von rd. 7% jährlich erforderlich.

1. Aspekte des Außenhandels

Vorausgesetzt, daß die gegenwärtigen Elastizitätsbeziehungen zwischen binnenwirtschaftlichem Wachstum (insbesondere Industriebeschäftigung) und Außenwirtschaft (insbesondere Einfuhr von Industriegütern) bis zum Ende des Jahrhunderts annähernd gleich bleiben, wird Chinas Außenhandel eine Größenordnung von mehr 150 Mrd. US\$, möglicherweise sogar 200 Mrd. erreichen.

Im Gegensatz zu diesen verhältnismäßig vagen Prognosen erlauben die mittelfristigen Trends zuverlässigere Schätzungen. Dabei kann die Frage nach der "tatsächlichen Leistungsfähigkeit" der chinesischen Volkswirtschaft ausgeklammert werden, zumal die gesamtwirtschaftliche Leistung im Falle Chinas für den außenwirtschaftlichen Kontext nur eine indirekte Bedeutung hat. Das Land hat während der letzten Jahre seine Fähigkeit und seine Bereitschaft nachgewiesen, ausgewählte wirtschaftliche Teilbereiche vorrangig zu stützen, um deren internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Es sei nur daran erinnert, daß im Zeitraum 1981/84 die Exporterlöse Chinas deutlich unter den Kosten lagen. Zum anderen ist Chinas nationaler Entwicklungsprozeß trotz der gegenwärtig vorherrschenden außenwirtschaftlichen "Öffnungspolitik" nur sehr begrenzt von ausländischen Beiträgen abhängig. Diese Tatsache läßt sich u.a. aus der besonderen Wachstumskurve der chinesischen Volkswirtschaft während der achtziger Jahre ablesen. Diese Kurve ist eindeutig ihrem eigenen Rhythmus gefolgt und wich nachhaltig vom Wachstumsprozeß der großen Volkswirtschaften der Welt und der anderen asiatisch-pazifischen Länder ab. Welche Parameter und Beschränkungen auch immer die Geschwindigkeit und Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas bestimmen, außenwirtschaftliche Einflüsse sind von sekundärer Natur. So erklärt sich auch, daß der Rhythmus des chinesischen Außenhandels nach wie vor vorrangig durch die Investitionszyklen der binnenwirtschaftlichen

Fünfjahrespläne bestimmt wird. Diese Zyklen sind niemals von Weltmarkterscheinungen abhängig gewesen. (16)

Trotz der grundlegenden "Binnenorientierung" der wirtschaftlichen Entwicklungsstrategie Chinas sind in chinesischen Fachkreisen Diskussionen darüber geführt worden, ob das Land eine handelsorientierte Wachstumsstrategie einschlagen sollte. Die Frage ist 1983 offensichtlich endgültig negativ beantwortet worden. Abgesehen von politischen Befürchtungen (Abhängigkeitsargument) ist man zu dem Ergebnis gekommen, daß China einfach zu groß sei, um seinen Entwicklungsprozeß durch die Impulse des Weltmarktes bestimmen lassen zu können.

Trotz der grundsätzlichen Absage an eine exportorientierte Wachstumsstrategie werden die Auswirkungen einer steigenden weltwirtschaftlichen Präsenz Chinas in der Praxis denen einer mittelgroßen außenhandelsorientierten Volkswirtschaft nahekommen. Da die chinesische Industrielandschaft zudem durch ein geringes Ausmaß an struktureller Diversifizierung gekennzeichnet ist, wird sich der konkurrierende Einfluß der chinesischen Exporte, insbesondere bei arbeitsintensiven Massenprodukten, zunehmend bemerkbar machen. Handelt es sich doch um die gleichen Erzeugnisse, mit deren Hilfe sich die meisten pazifisch-asiatischen Entwicklungsländer (insbesondere ASEAN) entwickeln wollen.

Eine kurze Skizzierung der Sektoren, die im Rahmen des 7. chinesischen Fünfjahresplans 1986/90 Entwicklungsvorrang empfangen haben, unterstreicht diesen Sachverhalt. Die meisten dieser Sektoren sollen einen Teil der für ihre Modernisierung notwendigen Mittel durch Exporteinnahmen erwirtschaften:

1. Landwirtschaft - Stärkere Betonung der Fleischerzeugung und Erzeugung von tierischen Produkten sowie exportierbare Agrarprodukte wie Baumwolle, Tee usw.
2. Energie und Transport - Steigerung der Kohleförderung auf 900 Mio.t und der Ölförderung auf 150 Mio.t bis 1990 für den Binnenverbrauch und für den Export.
3. Nahrungsmittelindustrie - Deutliche Steigerung der Produktionskapazität für Konservennahrung.
4. Textilien und Bekleidung - Allmähliche Verlagerung vom Schwerpunkt Garne und Fasern zu Tuchen und Bekleidung.
5. Chemieindustrie - Modernisierung der bestehenden Einrichtungen

gen sowie Investitionen in 500 neue Fabriken in küstennahen Standorten, insbesondere Basis- und Agrochemikalien.

6. Elektronik - Die Elektronikindustrie ist Chinas Hochwachstumsindustrie. Dies gilt insbesondere für Massenkonsumelektronik, aber auch für elektronische Instrumente. Das geplante Jahreswachstum bis 1990 liegt bei durchschnittlich 20%. Im Bereich der Konsumelektronik ist ein steigender Exportanteil an der Gesamtproduktion vorgesehen.

Die internationalen Märkte sind für die oben erwähnten Produkte bereits weitgehend saturiert. Das bedeutet, daß der Druck Chinas auf diesen Märkten von den restlichen asiatisch-pazifischen Entwicklungsländern in Zukunft wesentlich stärker empfunden werden wird, als dies z. Zt. der Fall ist. Für einige Produkte, so z.B. Baumwolle, Niedrigqualitätstextilien, Konservennahrung und seit 1984 teilweise auch Rohöl, gilt diese verschärfte Konkurrenzsituation bereits heute.

2. Ausländische Investitionen

Neben dem Handel im engeren Sinne werden ausländische Investitionen zu einem zweiten großen Bereich der außenwirtschaftlichen Beziehungen werden, in denen China mit anderen Entwicklungsländern, insbesondere mit asiatisch-pazifischen Ländern, in Konkurrenz tritt. Sicherlich existieren verhältnismäßig enge Grenzen für ausländische Investitionstätigkeit innerhalb des chinesischen Wirtschaftssystems, aber bisher sind diese Grenzen keineswegs erreicht. Über den Gesamtzeitraum 1980/85 gesehen, läßt sich eine bemerkenswerte Steigerung ausländischer Investitionstätigkeit registrieren. Bis Ende 1985 stieg der kumulierte Gesamtwert der ausländischen Investitionen für alle Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf 4,85 Mrd. US\$ (verwirklicht) bzw. 16,7 Mrd. US\$ (vertraglich vereinbart) an (17). Joint Venture-Investitionen (nur ausländischer Anteil) erreichten insgesamt eine Höhe von 1,5 Mrd. US\$. Erwähnenswert im Hinblick auf eine mögliche Konkurrenzsituation zu anderen asiatisch-pazifischen Ländern ist das Verhalten japanischer Investoren, die sich bisher verhältnismäßig zurückhaltend bei Joint Venture-Investitionen in China gezeigt haben. Diese Zurückhaltung ist hauptsächlich durch die starke "Exportorientierung" der chinesischen Joint Venture-Politik hervorgerufen worden. Japanisch-chinesische Joint Ventures in China müssen unter solcher Zielsetzung zwangsläufig zu Konkurrenten japanischer Joint Ventures in Südostasien werden. In jüngster Zeit gibt

es jedoch Anzeichen dafür, daß China bereit ist, einen Teil der Joint Venture-Produktion auf den chinesischen Binnenmarkt kanalisieren zu lassen.

Z.Zt. scheint der Anteil internationalen Investitionskapitals, das in China eingesetzt wird, noch zu gering zu sein, um ernsthafte Besorgnis in anderen Ländern, z.B. Südostasien, hervorzurufen, aber falls sich die "Verlockung des Chinamarktes" weiter verstärken sollte, mag sich die Situation ändern. Es gäbe dann nicht nur einen verschärften Wettbewerb im Handel, sondern auch in der Investitionsförderungs politik.

3. Internationale Finanzierung

Das Instrument der internationalen Kreditfinanzierung ist der dritte große Bereich, in dem sich der Aufstieg Chinas während der letzten Jahre zunehmend bemerkbar gemacht hat. Diese Präsenz dürfte sich während der nächsten Jahre verstärken, da chinesische Absichtserklärungen von einem internationalen Kapitalbedarf von 20 bis 30 Mrd. US\$ für den Fünfjahresplan 1986/90 ausgehen. Sollten diese Absichtserklärungen verwirklicht werden, würde das chinesische Engagement auf den internationalen Geldmärkten deutlich steigen. Bisher (1979/85) hat China internationale Kredite von insgesamt nur rd. 20 Mrd. US\$ beansprucht. Aufgrund der bereits erfolgten Rückzahlung eines Teils dieser Kredite belief sich die Gesamtverschuldung Ende 1985 auf rd. 12,4 Mrd. US\$. Das Land gilt damit als überdurchschnittlich "kreditwürdig". Diese Tatsache spiegelt sich auch in den verhältnismäßig günstigen Kreditkonditionen wider, die China bisher eingeräumt wurden (überwiegend feste Zinssätze, verhältnismäßig niedrige Zinssätze). Darüber hinaus verfügt das Land immer noch über eine verhältnismäßig solide Devisenreserve (September 1985 11,6 Mrd. US\$). (18)

Wesentlich wichtiger als der Gesamtbereich der internationalen Kreditfinanzierung ist im Hinblick auf eine steigende Konkurrenzsituation zwischen China und anderen asiatisch-pazifischen Ländern der Teilbereich der "vergünstigten Kreditgewährung" durch internationale Organisationen und der Entwicklungshilfe (ODA) durch einzelne Industrieländer. Naturgemäß sind die in diesem Bereich zur Verfügung stehenden Mittel begrenzt. Hauptquellen für die asiatisch-pazifische Region sind die Weltbank (IBRD und IDA), der Internationale Währungsfonds und Japan. Bis Ende 1983 waren die Mittel, die China durch multinationale Organisationen und Geberländer bereitgestellt wurden, auf 1,2 Mrd. US\$ angewach-

sen. 1984 und 1985 lag die jährliche Neuvergabe bereits nahe 1,5 Mrd. US\$. Zwar ist die tatsächliche Vergabe der zugesagten Mittel langsamer angewachsen als die Zusagen selbst, aber die Lücke beginnt sich zu schließen. Für den laufenden Fünfjahresplan 1986/90 gehen Schätzungen von jährlichen Neuzusagen in Höhe von rd. 2 Mrd. US\$ aus.

Von diesen Gesamtmitteln sind bis Ende 1985 gut 3 Mrd. US\$ durch die Weltbank zugesagt worden, von denen bis Ende 1985 gut 770 Mio. tatsächlich bereitgestellt wurden. Bei diesen Mittelzusagen handelt es sich um Mischpakete der IDA (zinslos, Rückzahlungsperiode 50 Jahre, Rückzahlungsaufschub 7 Jahre) und IBRD-Anleihen (Selbstkostenkonditionen der Weltbank). China ist aufgrund dieser Zusagen im Rahmen des "soft-loan programme" der IDA zur Position Indiens aufgerückt. Es wird in der laufenden Dreijahresperiode rd. 1,5 Mrd. US\$ aus einem Gesamtfonds von 9 Mrd. US\$ empfangen. Die vom Währungsfonds für China bereitgestellten Mittel belaufen sich z.Zt. auf rd. 1,3 Mrd. US\$. China hat seine Ziehungsrechte von 1,8 Mrd. damit noch nicht erschöpft. (19)

Die wichtigste "soft-loan"-Quelle ist jedoch Japan. Bis Anfang 1982 beliefen sich die japanischen Gesamtzusagen für langfristige Anleihen mit niedrigem Zinssatz auf 1,35 Mrd. US\$. Während der nächsten Jahre erhöhten sich diese Zusagen auf rd. 3 Mrd. US\$ und wurden weiter gesteigert durch eine Zusage über rd. 2 Mrd. US\$ (Nakasone-Besuch 1984). Dieses Angebot Japans ist bisher das größte Einzelangebot, das das Land einem ausländischen Empfänger bisher gemacht hat (30 Jahre Rückzahlungsperiode, Zinssatz 3%, zinsfreie Periode von 10 Jahren). China ist aufgrund dieser Zusage an die erste Stelle aller japanischen "soft-loan"-Empfängerländer, einschließlich Indonesiens und Thailands, gerückt. Diese Anleihen sollen vorrangig für die Entwicklung von Kohle, Öl und Nicht-Eisen-Metall-Vorräten in Südwest- und Nordwestchina verwandt werden. Ein Teil der zukünftigen Produktion soll nach Japan und in andere Länder exportiert werden.

Das starke japanische Engagement in China hat bereits zu einer deutlichen Beunruhigung der ASEAN-Länder geführt, da letztere (nicht zu Unrecht) eine Einengung ihrer Möglichkeiten bei der Inanspruchnahme vergünstigter Kredite befürchteten. Diese Befürchtungen sprach u.a. der indonesische Präsident Suharto bereits 1982 während seines Besuchs in Japan an:

"Referring to Japan's economic assistance to China, Mr. Suharto told Mr. Suzuki that it was good to help China's modernization programme, but that he feared a stronger China could also increase support for communism in Southeast Asia. Mr. Suzuki reassured Mr. Suharto that Japan will continue to give economic assistance to China and ASEAN without creating an imbalance." (20).

Angesichts der Tatsache, daß die ASEAN-Wirtschaften sich dem sog. Take-off-Stadium der wirtschaftlichen Entwicklung nähern, d.h. einer Phase erhöhten Kapitalbedarfs entgegensehen, muß Japans Politik der "Schaffung eines Gleichgewichts in der wirtschaftlichen Unterstützung der ASEAN und Chinas" aus ihrer Sicht wenig befriedigend erscheinen.

VI. Außenpolitik: Grundmerkmale und Realpolitik

"Huang Zhen, head of the PRC's liaison office in Washington before the establishment of official diplomatic relations, is reported to have been particularly upset about the downsizing of the U.S. global strategic plan from a two-and-a-half war capability to a one-and-a-half war capability, but his criticisms were quickly attenuated when told that the dropped war plan had been designed for use against the People's Republic of China."

"The Chinese feel they have to kick us around a bit to keep their own credentials as a Third-world nation." (Richard Nixon)

"Our own policy in our relations with foreign countries has been to remain independent and keep the initiative in our own hands. This is especially clear from our policy toward the two superpowers. . . This has increased our prestige in international circles and gains us even more friends." (Wu Xueqian, Foreign Minister of the PRC in December 1983)

Während der letzten Jahre haben es sich die chinesischen Medien zur Gewohnheit gemacht, Jahresendberichte zu den wichtigsten Geschehnissen und Trends der internationalen Politik zu veröffentlichen, so wie sie durch Chinas außenpolitisches Establishment vornehmlich wahrgenommen werden. Zugleich wird verdeutlicht, wie die "unabhängige und autonome" internationale Rolle Chinas sich im Rahmen der Weltpolitik auswirkt. Die Rolle Chinas wird nach offizieller chinesischer Darstellung durch sechs größere langfristige Aspekte bestimmt: (21)

1. Chinas geographische Lage gewährt dem Land/Subkontinent eine

strategisch günstige Position gegenüber den wirtschaftlichen und politischen Machtzentren der Welt (USA, Sowjetunion, Japan).

2. Chinas "natürlicher" weltpolitischer Einfluß wird durch das außerordentlich große Gewicht seiner Bevölkerung verstärkt.

3. China verfügt über eine der größten und vollständigsten Ressourcenbasen der Welt, deren Potential durch die wachsende industrielle Macht des Landes zunehmend nutzbar gemacht werden kann.

4. China ist das einzige "Dritt-Welt-Land", das Ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates ist. Es befindet sich daher in einer zentralen Position, die Interessen der Dritten Welt zu unterstützen.

5. China verfolgt eine "unabhängige Außenpolitik", d.h., es ist an keine andere Macht oder Machtblock durch Unterordnung oder Vertragsverpflichtung gebunden.

6. Chinas Außenpolitik wird durch die Kommunistische Partei des Landes bestimmt. Diese Tatsache garantiert, daß sie immer im Einklang mit den großen geschichtlichen Trends steht.

Jeder Versuch, die Bedeutung dieser sechs Kriterien, genauer des "fließenden Gemischs" dieser Kriterien für Chinas Außenpolitik herauszuarbeiten, muß von der überkommenen politischen Kultur des Landes ausgehen. Anders gesagt, politisches Handeln wird nicht nur durch sog. "objektive Faktoren" (innere und äußere Hemmfaktoren und Möglichkeiten) bestimmt. Hinzu kommen sog. "conceptual and behavioural characteristics" als historisches Erbe der imperialen Kultur Chinas sowie systembedingte Denk- und Wahrnehmungsweisen der gegenwärtigen politischen Gesellschaft (22). Der relative Einfluß einzelner zugrunde liegender Größen dürfte dabei je nach der "objektiven Machtposition" Chinas gegenüber den anderen Hauptakteuren des internationalen Systems schwanken. Aber in ihrer Gesamtheit bilden sie den Nährboden, auf dem der "Weltblick" (shijieguan) der politischen Gesellschaft Chinas gewachsen ist. Zu den grundlegenden Elementen, die den Nährboden der chinesischen "Weltwahrnehmung" ausmachen, gehören die folgenden:

1. Imperiale sinozentrische Tradition (Reich der Mitte), die China als ein natürliches Gravitationszentrum auffaßt, von dem ordnungsbildende Impulse zur weniger zivilisierten Peripherie ausgehen.

2. Jahrhundert des chinesischen "Nationalismus", der durch eine Folge von forcierten Modernisierungsbemühungen und "Wohlstand und Macht"-Ideologien gekennzeichnet ist. Der Verlust der imperialen Mittelpunktposition und die politisch-psychologische Reaktion auf die geschichtliche "Erniedrigung" Chinas scheinen in der politischen Elite des Landes nicht nur globale Anti-Status-quo-Vorstellungen hervorgerufen zu haben. Dies ist auch bei den meisten anderen asiatisch-pazifischen Nationalismen der Fall. Im Gegensatz zu letzteren lassen sich jedoch im chinesischen Denken auch starke Status-quo-ante-Elemente entdecken.

3. Die besondere Beziehung Chinas zu den beiden Supermächten, die das Land nacheinander (zuerst USA, später Sowjetunion) von der Gestaltung der weltpolitischen Konturen ausgeschlossen hatten, macht China zu einer der großen "unzufriedenen Mächte" im gegenwärtigen internationalen Machtsystem.

4. Das wachsende Gewicht von Dritt-Welt-Gruppierungen als globalen oder zumindest regionalen Akteuren, das sich in der allmählichen Verschiebung von Ost-West- zu Nord-Süd-Problemen der internationalen Politik widerspiegelt, hat das Abrücken Chinas vom sog. sozialistischen Lager zur Dritten Welt beschleunigt. Letztere soll ihren Einfluß in Übereinstimmung mit Chinas Weltblick geltend machen.

5. Systembedingte Elemente (Marxismus-Leninismus, Mao-Zedong-Ideen) scheinen kein wesentlicher Gestaltungsfaktor im Weltblick der gegenwärtigen chinesischen Führung zu sein. Das heißt, daß die internationale Risikobereitschaft (Unterstützung ausländischer kommunistischer Revolutionen und nationaler Befreiungsbewegungen) verhältnismäßig niedrig ist. Das heißt jedoch nicht, daß ideologische Vorstellungen überhaupt keinen Einfluß hätten. Solange sie mit den oben erwähnten Kriterien vereinbar sind, werden sie die Wahrnehmung der chinesischen Führung gegenüber bestimmten "historischen Trends" verstärken.

Im Rahmen dieser Ausführungen bietet sich nicht der Platz, um die zahllosen Windungen der Geschichte der tatsächlichen Außenpolitik Chinas nachzuvollziehen. Insgesamt sind mehr als 1000 Artikel und Bücher in westlicher Sprache zu diesem Thema erschienen (23). Aber selbst der kürzeste Rückblick auf die Vielzahl von außenpolitischen Schwenk- und Umkehrbewegungen während der letzten dreißig Jahre verdeutlicht, daß die grundlegenden Bestimmungsfaktoren der internationalen Politik Chinas nicht aus

der jeweiligen formalisierten Linie und Theorie (z.B. "zwei Weltlager", "vier Zonen", "drei Welten") abgeleitet werden können. Noch weniger dienen die Erklärungen zu verschiedenen Ereignissen und Trends, die China in seiner internationalen Propagandaarbeit, Ansprachen seiner Führer und Veröffentlichungen offiziell vorbringt, einem angemessenen Verständnis der chinesischen Außenpolitik. Letzteres läßt sich eher erreichen, wenn man die chinesische Außenpolitik anhand der oben erwähnten Grundmerkmale der politischen Kultur Chinas beurteilt. Neben anderen ergeben sich aus einer solchen Betrachtungsweise vier verhältnismäßig konstante Aspekte:

1. Viel Papier ist beschrieben worden, um das Problem der sog. "internal-external linkage" der chinesischen Außenpolitik zu untersuchen. Nahezu alle vorstellbaren Hypothesen sind aufgestellt worden, zumeist in einer etwas "impressionistischen" Art. Abweichend von den meisten Veröffentlichungen kommt eine am MIT und an der Universität von Tokyo auf mathematischem Ansatz beruhende Studie zu der Erkenntnis, daß der "Wahrnehmungsmechanismus" der politischen Elite Chinas, d.h. die Wahrnehmung potentieller oder tatsächlicher äußerer Konflikte, in hohem Maße widerspruchsfrei und konstant ist (24). Die unterschiedlichen inneren Entwicklungskonstellationen der letzten Jahrzehnte haben offensichtlich keinen entscheidenden Einfluß auf die Wahrnehmung kritischer globaler Trends gehabt. In dieser Hinsicht scheint eine nahezu vollständige Übereinstimmung der heutigen ideologisch-bürokratischen Führung mit ihren konfuzianisch-imperialen Vorläufern zu bestehen. Abweichend von der Wahrnehmung und Beurteilung internationaler Ereignisse sind die praktisch-politischen Reaktionen auf solche Konflikte durch die jeweilige innere Situation stark beeinflusst worden. So läßt sich für die "radikale" Phase 1958/76 eine verhältnismäßig hohe Bereitschaft zu interner Massenmobilisierung im Hinblick auf externe Konflikte feststellen, die im deutlichen Gegensatz zu der geringen tatsächlichen Handlungsbereitschaft stand. Seit 1977/78 scheint sich dieses grundlegende Muster verschoben zu haben. Die Politik der internen Massenmobilisierung ist praktisch aufgegeben worden, während die Bereitschaft zu aktivem Konfliktengagement gestiegen ist, vorausgesetzt, die Möglichkeiten für erfolgreiches Handeln erscheinen aussichtsreich. Es erscheint zu früh, vorherzusagen, ob diese neue Tendenz der Wahrnehmung und Reaktion in Zukunft ihre Gültigkeit behält. Dafür spricht, daß sie in

Einklang mit Chinas Tradition seit der Tang-Zeit (618-905) stände.

2. Ein zweiter geschichtlicher Grundzug des chinesischen Weltblicks scheint in der Tendenz zu liegen, weltpolitische Vorgänge als Prozesse permanenter internationaler Hierarchisierung zu bewerten. Wie bereits erwähnt, ist das Bündnis- oder Allianzkonzept, das definitive Verpflichtungen unter Gleichen vorsieht, kein inhärenter Bestandteil des chinesischen Weltblicks. So erscheint es folgerichtig, wenn die Führung der Volksrepublik China sich nach einer kurzen Periode der Bündnisbindung im sowjetisch bestimmten "sozialistischen Lager" auf traditionelle Denkweisen rückbesonnen hat, wobei letztere heute mit den neuen Begriffen "Prinzipien der Unabhängigkeit und des Patriotismus" umschrieben werden. Auch die Vorstellung einer einheitlichen Region "Asien" hat in der politischen Psychologie Chinas allenfalls eine geographische Bedeutung. Statt dessen lassen sich drei Zonen abgestufter "Interessenintensität" herauskristallisieren:

- Zone der früheren "Außenländer" mit traditionellen Unterordnungsbeziehungen gegenüber China.
- Zone sekundärer Intensität; diese Zone stimmt weitgehend mit Chinas traditionellem Tributsystem überein und reicht bis Singapur/Malaysia.
- Historisch bekannte Zone Südasiens, einschließlich Indiens.

Der Rest Asiens und mehr noch die Dritte Welt insgesamt, die in der Vergangenheit Terra incognita gewesen sind, verblissen deutlich gegenüber den drei Zonen "intensiver Politik". Hierin scheint auch einer der Gründe zu liegen, weshalb Chinas Dritt-Welt-Politik zumeist verhältnismäßig stereotyp und ohne echte Substanz erscheint. Ein weiterer Grund ist selbstverständlich der Mangel an materiellen Mitteln, der auf absehbare Zeit eine erfolgreiche Gegenpolitik gegenüber den zwei Supermächten beeinträchtigt.

3. Der ständige Drang der chinesischen Elite, die internationalen Machtverhältnisse auszubalancieren (offizieller Terminus "Antihegemonismus"), scheint der dritte wesentliche Grundzug zu sein, der den außenpolitischen Prozeß Chinas bisher bestimmt hat. Einerseits scheint Chinas Führung niemals zu ermüden, die Notwendigkeit allianzähnlicher Arrangements und Zusammenarbeit in der internationalen Politik zu betonen, um "ungleichgewichtige" Konstellationen auszubalancieren. Andererseits scheint China nicht bereit, sich selbst im Rahmen solcher Arrange-

ments definitiv zu engagieren. Der vielberedete "Antihegemonismus" erscheint daher in erster Linie als Ausdruck des politischen Bemühens einer "unzufriedenen Macht", jede internationale Machtaufteilung zu entbalancieren, wenn sie für die eigene Position nachteilig ist. Verschiedene chinesische Führer haben deswegen letztlich auch zu Recht behauptet, daß die "unabhängige" Natur der Außenpolitik Chinas nicht mit internationaler "Äquidistanz" verwechselt werden darf. Äquidistanz würde den Einfluß Chinas auf die Gestaltung internationaler Machtstrukturen zwangsläufig verringern. Vor diesem Hintergrund wird es verständlich, daß sich die "Angriffsziele", gegen die sich die vermeintlich antihegemonistische Politik gerichtet hat, im Verlauf der Zeit je nach der chinesischen Wahrnehmung der vorherrschenden internationalen Machtverteilung ständig geändert haben. Sie werden sich in Zukunft mit Sicherheit weiter ändern. Zahlreiche Beobachter haben diese Verschiebungen als Ausdruck der erratischen Natur der chinesischen Außenpolitik interpretiert. Die Berechtigung einer solchen Interpretation soll keineswegs vollständig geleugnet werden. Während der letzten dreißig Jahre hat die chinesische Führung die Beurteilung und Reaktion gegenüber allen wesentlichen Akteuren des internationalen Systems wiederholt geändert: zuerst prosowjetisch, danach antisowjetisch; zuerst Feindschaft gegenüber dem "US-Imperialismus", danach halbkooperatives Arrangement; zuerst Verdammung des japanischen "Militarismus" und der japanischen Rolle als "Laufhündchen der USA", später "Freundschaft und Zusammenarbeit" in allen Bereichen des zwischenstaatlichen Lebens; zuerst Anti-ASEAN ("Werkzeug des Imperialismus"), später wohlwollende Beurteilung der ASEAN als Vorbild für regionale Zusammenarbeit und Unabhängigkeit; zuerst indisch-chinesische "brüderliche Beziehung", dann militärische Konfrontation, scharfe Rivalität und Unterstützung Pakistans; zuerst Versuche des "Exports" der Revolution nach Afrika, dann "feste Solidarität" mit den Mitgliedstaaten der OAU; zuerst antijugoslawische Propaganda ("Revisionismus"), dann Lob Jugoslawiens als Führungsstaat der Blockfreienbewegung; zuerst scharfe Kritik am "aggressiven NATO-Block", dann Neubewertung der NATO als "antihegemonistische Kraft"; zuerst Anti-EG, dann Pro-EG; usw. Rein äußerlich scheint die internationale Politik Chinas also im höchsten Maße widersprüchlich. Geht man jedoch von der Maxime aus, daß Chinas Führung bisher niemals bilaterale Beziehungen mit anderen Ländern oder Ländergruppierungen um

ihrer selbst willen gestaltet hat, sondern diese bilateralen Beziehungen immer als (instrumentalen) Bestandteil seiner übergeordneten Anti-Status-quo-Politik bewertet hat, dann erscheint der außenpolitische Kurs der Volksrepublik China verhältnismäßig konsistent, stabil und berechenbar.

4. Das vierte wesentliche Charakteristikum, das sich in der Außenpolitik Chinas feststellen läßt, ist mit dem ständigen Bemühen Chinas, die internationalen Machtgewichte zu verändern, logisch verbunden. Die Geschichte aller Machtpolitik zeigt, daß alle Akteure in Vergangenheit und Gegenwart versucht haben, die Wahrnehmung ihrer Gegner im eigenen Interesse zu beeinflussen. Im Falle Chinas erscheint dieses "subjektive" Element jedoch besonders ausgeprägt (teilweise aufgrund traditioneller Doktrinen, teilweise wegen unzureichender materieller Macht). Die Tatsache, daß China in wesentlich höherem Maße als andere Akteure seinen internationalen Einfluß dadurch zu stärken versucht, daß es die Wahrnehmung anderer Länder (Regierung, Massenorganisationen, politische Parteien, prominente Persönlichkeiten usw.) nachhaltig zu beeinflussen versucht, gehört zu den deutlich erkennbaren Verhaltensmerkmalen der politischen Elite Chinas. Dieser Tatbestand ist als "strategische Akupunktur" bezeichnet worden (25). "Strategische Akupunktur" bildet den Hintergrund solcher Konzepte wie "Vier Zonen" und "Drei Welten". Im Gegensatz zur konventionellen West-Ost-Dritte-Welt-Klassifizierung dient Chinas "Drei-Welten-Konzept" nicht dazu, die Welt in ihrer gegebenen Realität zu beschreiben. Vielmehr ist das Konzept zuhöchst normativer Natur. Es repräsentiert die Aufteilung des internationalen Systems entlang solcher Grenzen, die aus Sicht der politischen Elite Chinas vorteilhaft wären.

Der normative instrumentale Charakter der "Drei-Welten-Konstruktion" wird immer dann besonders deutlich, wenn diese Konstruktion mit dem konkreten politischen Verhalten des Landes verglichen wird. Chinas "Außenpolitik in Aktion", d.h. praktisches Handeln, Annahme von Risiken und Einsatz materieller Mittel, erinnert weitgehend an eine konventionelle Realpolitik. Konzeptionen und Mitteleinsatz in der chinesischen Außenpolitik unterscheiden sich nicht wesentlich von denen anderer Mächte, insbesondere von denen der beiden sog. "hegemonistischen Supermächte". Der Unterschied liegt im Grad, nicht in der Substanz. Chinas "wirkliche" Außenpolitik scheint weitgehend durch die gleichen "Zahlen und Diagramme" bestimmt zu sein,

die für konventionelles strategisches Denken repräsentativ sind. Die folgenden Zitate sprechen für sich selbst: (26)

"What now determines the development of the international situation is the so-called 'great trilateral relationship' between China, the USSR and the USA."

"For a fairly lengthy period in the future only the great 'trilateral relationship' between China, the USSR and the USA can truly determine the future development of the international situation."

"Beneath this 'great trilateral relationship' there are two further 'four-cornered relationships': the 'four-cornered relationship' between China, the USSR, the USA and Japan in Asia, and that between the USA, the USSR, Western Europe and Eastern Europe on the European continent."

"Relations between North and South, and especially the difficulties currently existing in the Third World, will also exercise a major influence on the development of the world situation."

Angesichts dieser faszinierenden "Dreiecke" und "Vierecke" verlieren die "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" und die kürzlich propagierten "Vier Prinzipien" viel von ihrer Glaubwürdigkeit. Die Fünf Prinzipien betonen u.a. den gleichen Status und gleiche Rechte aller Teilnehmer im internationalen System sowie die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der einzelnen Teilnehmer. Die Vier Prinzipien beziehen sich insbesondere auf die Politik der Länder der Dritten Welt. Sie betonen gleiche Rechte und gegenseitigen Vorteil, Verfolgung praktischer Ziele, vielfältige Zusammenarbeit und gemeinsame Entwicklung.

Diese Prinzipien kontrastieren mit der Selbstvorstellung Chinas, auf einer Stufe mit der Sowjetunion und den USA zu stehen und eine der großen drei "Mächte" zu sein, deren Einfluß "die zukünftige Entwicklung der internationalen Situation wahrhaft bestimmt". Andere Konstellationen internationaler Art "mögen einen nicht geringen Einfluß auf die Entwicklung der Welt" haben, aber letzten Endes stellen sie nur Variablen dar, die durch das Management der "großen trilateralen Beziehungen" beschränkt werden. Chinas internationale Stimme soll mitentscheidend sein, wenn nicht in Europa, dann in Asien. Indien, "Chinas asiatischer Rivale", oder ASEAN z.B. scheinen in dieser Sichtweise kaum mehr als ein Bestandteil der großen Nord-Süd-Beziehung zu sein, die "auch

einen nicht geringen Einfluß ausüben wird".

Bis zu einem gewissen Maß scheint Chinas Anschauung von der Welt und seiner eigenen Position im internationalen System gerechtfertigt. China ist die einzige Macht, der sowohl die USA als auch die Sowjetunion beinahe gleichen Status eingeräumt haben, obwohl die Volksrepublik (noch) nicht über das materielle Potential verfügt, um mit beiden gleichzuziehen. Die gegenwärtige Situation Chinas kann daher vielleicht am treffendsten als die einer "antizipierten Großmacht" umschrieben werden. Die Vorteile, die sich aus einer solchen Position ergeben, sind zahlreich. So haben die Vereinigten Staaten im Rahmen ihrer Asienpolitik der Chinapolitik offensichtlich Vorrang gegenüber der Südostasienpolitik (sowohl ASEAN-Subregion als auch Indochina) zugestanden. Was die Sowjetunion betrifft, so fühlte sich die sowjetische Führung offensichtlich gezwungen, ihr Militärpotential gegenüber China deutlich aufzubauen und zugleich in Verhandlungen einzutreten, um über kurz oder lang zu einem Arrangement zu kommen, in dessen Rahmen beide Mächte in der asiatisch-pazifischen Region ihre Interessen verfolgen können. Bisher jedoch haben diese Verhandlungen, die seit 1982 andauern, noch zu keinem Durchbruch geführt.

Anmerkungen:

- 1) RMRB, 22.7.83, in: C.a., Juni 1984, S.309.
- 2) XNA, 2.7.84.
- 3) Gongren ribao, 27.3.81, in: Wolfgang Bartke und Peter Schier, "China's New Party Leadership", London 1985, S.42.
- 4) Ibidem.
- 5) Jürgen Domes, "Politische Soziologie der Volksrepublik China", Wiesbaden 1980.
- 6) Mingbao, 5. und 6.12.84, sowie Problems of Communism, Nov.-Dez. 1983, S.69-70.
- 7) RMRB, 27.8.84, in: C.a., September 1984, S.488.
- 8) XNA, 14.9.84, in: C.a., September 1984, S.489.
- 9) GMRB, 17.6.84, in: C.a., August 1984, S.432.
- 10) Kenneth Lieberthal, "Political Reform", in: The China Business Review, Nov.-Dec. 1983, S.10-12.
- 11) CIA-Schätzungen gehen von einem Verhältnis 2,1:1 zwischen militärischen Gesamtausgaben und offen ausgewiesenen Ausgaben aus.
- 12) Siehe dazu: Oskar Weggel, "Chinas 'moderne' Armee nimmt Konturen an", in: C.a., März 1984, S.138-160.
- 13) A.Doak Barnett, "Who Makes Foreign Policy in China?", in:

The China Business Review, Sept.-Okt. 1984, S.56-57.

- 14) Ibidem.
- 15) Ibidem.
- 16) Siehe dazu: Tamio Shimakura, "Cycles in the Chinese Economy and Their Politico-Economic Implications", in: The Developing Economies, Tokyo, Bd.XX, Dezember 1982, S.364-389.
- 17) Erhard Louven, "OAV-Länderbericht VR China 1984-85" (noch nicht veröffentlichtes Manuskript).
- 18) John Stuermer, "The Foreign Exchange Situation", in: The China Business Review, Jan.-Febr. 1986, S.14-17.
- 19) David Denny, "The Impact of Foreign Aid", in: The China Business Review, Jan.-Febr. 1986, S.22-24.
- 20) Asian Wall Street Journal, 25.10.82.
- 21) C.a., Dezember 1983, S.726-727; C.a., Dezember 1984, S.703.
- 22) Siehe: Samuel S.Kim, "The Dialectics of Chinese Foreign Policy", in: Vierteljahresberichte der Friedrich-Ebert-Stiftung, Juni 1983, S.157-166.
- 23) Siehe: Harold C.Minton, "Interpretations of Mainland China's Recent Foreign Policy", in: Issues & Studies, Taipei, Oktober 1984, S.52.
- 24) Akihiko Tanaka, "Internal-External Linkage in Chinese International Conflict Behavior: A Model", in: Journal of North-east Asian Studies, Washington, D.C., Bd.II, Nr.1, März 1983.
- 25) Siehe: Michael Pillsburg, "Strategic Acupuncture", in: Foreign Policy, Nr.41, Winter 1980-81, S.44-61.
- 26) Academic Report delivered by Huan Xiang in Wuhan on June 7, 1984, English translation in: Institute of Current China Studies, Inside Mainland China, Taipei, Februar 1985, S.1-2.